

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Bernspruchsstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 100.

Freitag, 1. Mai 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch Postämter 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Im Hofraum des Hotels zum „Kronprinz“ hier, sollen
Donnerstag, den 7. Mai 1896,
Borm. 10 Uhr,

2 Pferde, 2 Kühe, 3 Schweine, 1 Sau mit 11 kleinen Schweinen, 2 Pferdegeschirre, 1 Rutschgeschirre und 1 Kleiderstanz gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.
Riesa, 1. Mai 1896.

Der Ger.-Vollz. beim Kgl. Amtsgerichte.
Efr. Sibam.

Bekanntmachung.

Für den zum Armenhausverwalter ernannten Schutzmänn Herrn Krüger ist am heutigen Tage von dem unterzeichneten Rathe Herr Bruno Carl Fischer als Schutzmänn für die Stadt Riesa eidlich in Pflicht genommen worden.
Riesa, am 1. Mai 1896.

Der Rath der Stadt
Riesa.

Freitag, den 5. Mai d. J. sollen von Vormittag 9 Uhr an im **Waldhof zum Stern** in **Reithain** die im Barackenlager und in der früher zum Gehrischer Staatsforstrevier gehörigen Abteilung I aufbereitete Brennholz, als
7 rm **Brennholzteile,**
192 „ **Brennholzküppel,**
60 „ **Kesse,**
639 „ **Küfereisig**

meistbietend gegen Baarzahlung versteigert werden. Die Versteigerungsbedingungen werden vor Beginn bekannt gegeben.

Truppenübungsplatz Reithain, am 22. April 1896.

Königliche Forstverwaltung. Königliche Garnisonverwaltung.

Verdingung.

Die vollständige Erneuerung der Dachflächen der Ställe II und III des hiesigen neuen Kasernements an der Friedrich-August-Straße in Bezug auf:

1. Abtragen der Holzabdeckung und Wiederinstandsetzung derselben nach Fertigstellung der Bedachungsarbeiten,
2. Ersatz des schadhaften Holzementbelags in Verbindung mit allen vorkommenden Klempnerarbeiten,

3. Neubeschaffung einer stärkeren Sparrenlage nebst den nöthigen Verbandhölzern und allen Zimmerarbeiten,
soll im Wege des öffentlichen Anbietersverfahrens verbunden werden. Zu der unter 3 bezeichneten Arbeit sollen nur einheimische Gewerbetreibenden concurrenzen.

Die hierauf bezüglichen Bedingungen, sowie zeichnerischen Unterlagen sind von **Montag, den 4. Mai a. e.** ab in den Vormittagsstunden von 9—11 Uhr auf dem Stadtbauamt zu entnehmen beziehungsweise einzusehen.

Beschlossene Angebote, mit entsprechender Aufschrift zu 1, 2 oder 3 vorherbezeichneter Arbeiten versehen, sind bis

Sonnabend, den 9. Mai a. e.

Vormittags 10 Uhr,

um welche Zeit die Eröffnung der Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Anbieter stattfinden, an das unterzeichnete Stadtbauamt rechtzeitig einzureichen.

Ausdrücklich vorbehalten bleibt die Auswahl unter den Anbietern, bezw. die Ablehnung sämtlicher Angebote, oder auch die Theilung eines Loses.

Stadtbauamt Riesa,

am 30. April 1896.

Ischan, Stadtbauamtsr.

Freibank Riesa.

Morgen **Sonnabend, den 2. Mai** von Borm. 8 Uhr ab gelangt auf der Freibank im städt. Schlachthof das Fleisch eines **Rindes** zum Preise von 40 Pf. pro $\frac{1}{2}$ kg zum Verkauf.
Riesa, den 1. Mai 1896.

Die städt. Schlachthofverwaltung.
Reißner, Sanitätschirurg.

Bekanntmachung.

Wegen grundsätzlicher Herstellung der **Dorfstraße** und des **Communicationsweges von Pochra nach Ganitz** sind dieselben vom **4. bis 8. Mai** für den Fahrverkehr gesperrt und wird inwischen der Verkehr über Großtrüben und Merzdorf verwiesen.
Pochra, den 30. April 1896.

Moritz. G.-B.

„Seniorenkonvent.“

Man schreibt uns aus der Reichshauptstadt: Es ist bereits auf den Beschluß der konservativen, nationalliberalen und fortschrittlichen Parteiglieder im Königreich Sachsen aufmerksam gemacht worden, zur Erleichterung des Zusammengehens der bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie innerhalb und außerhalb des Landtags, namentlich bei öffentlichen Wahlen, eine gemeinsame Vertretung unter dem Namen „Seniorenkonvent“ einzusetzen. Die staatsverhaltenden Parteien des Sachsenlandes scheinen vorbildlich für die Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland werden zu sollen. Schon die bei ihrer Wahlreform bewiesene Haltung stellt ihrer politischen Einsicht und Thatkraft ein rühmliches Zeugnis aus. In ihrem neuesten Beschluß bekunden sie, daß sie vollständig auf der Höhe des politischen Berufs stehen und das rechte Verständnis für das politische Bedürfnis unserer Zeit haben.

Die Ansicht ist außerhalb des Reichstags bei allen wahrhaft national gesinnten Politikern längst vorherrschend, daß der gegenwärtige Habitus der Parteien nur der Socialdemokratie zu Gute kommt, also das Ansehen und die Kraft des Reiches schädigt, daß er daher unter allen Umständen in der einen oder andern Weise überwunden werden muß, daß er aber auch, und selbst schon in dem gegenwärtigen Reichstage, bei einigem guten Willen der Parteien überwunden werden kann.

Und in der That giebt bereits der bei den Reichstagswahlen vom Jahre 1887 erfolgte und während der ganzen Legislaturperiode von 1887—90 aufrecht erhaltene Zusammenschluß der regierungsfreundlichen Fraktionen beherzigenswerthe Fingerzeige für eine Besserung. Freilich darf heut zu Tage Niemand das Wort „Kartell“ aussprechen, ohne daß von allen Seiten heftige Opposition dagegen erhoben wird unter dem Hinweis, daß keiner Partei zugemuthet werden könne, von ihren Grundfragen und Zielen etwas zu opfern zu Gunsten der andern. Es wird dies aber auch gar nicht verlangt, sondern nur ein Zusammenstehen gegen die Socialdemokratie, wie es der sächsische Seniorenkonvent anstrebt.

Das ist es, dessen wir in unsern Tagen dringend bedürfen, und das dazu in Sachsen gegebene neue Anregung ist

dankebar zu begrüßen. Wegen der Gefahren der Socialdemokratie können sich nämlich auch diejenigen Reichstagsfraktionen nicht mehr verschließen, die sich ihrer bisher mit Vorliebe als einer Art von Hülfstruppen, gewissermaßen als parlamentarischer Franktireurs für Sonderzwecke bedienten. Eine Uebereinstimmung aller reichsfreundlichen Parteien zur Abwehr der socialdemokratischen Umlriebe wird da zu einem unabwendlichen Gebot der politischen Lage, und es ist zu er-möglichen, wenn die Parteien weniger als bisher das sie Trennende und mehr diejenigen Punkte, in denen Einigkeit herrscht, aufsuchen wollten.

Diese Politik soll keineswegs dazu dienen, einer einzelnen Parteirichtung offen oder verdeckt die Vorherrschaft zu sichern oder allgemeine politische Bestrebungen der Regierung und der kaiserlichen Gewalt gegenüber zum Siege zu bringen. In dem bestimmten Zwecke: „Abwehr socialdemokratischer Umlriebe“ und „Förderung der großen vaterländischen Interessen“ erschöpft sich Ziel und Charakter derselben. Es muthet keiner Partei die Preisgabe historisch gegebener Satzungen und Bestrebungen zu, sondern höchstens das Opfer der Parteiselbstsucht. Wenn die staatsverhaltenden Parteien des Reichstags ähnlich wie in Sachsen von Fall zu Fall einen „Konvent ihrer Senioren“ mit Auffassung der Allen gemeinsamen Interessen betrauen wollten, könnten wir in der That zu besseren politischen Aussichten kommen. —r.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Fürst Ferdinand von Bulgarien traf gestern Nachmittag 4 Uhr 45 Min. in Berlin ein und wurde vom Kommandanten, dem Polizeipräsidenten, dem Kammerherrn v. Dessenhal, der türkischen Botschaft und der bulgarischen Kolonie empfangen. Der Führer der bulgarischen Kolonie hielt eine Ansprache, auf die der Fürst erwiderte. Der Fürst fuhr mit dem Grafen Ranik, in einer Calafatische stehend, nach dem Schloß. Das Gefolge folgte in Hofwagen.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt: Die „Königliche Zeitung“ brachte am 28. d. M. von „sachverständiger“ Seite einen Artikel über den Stand der Militär-Strafprozessreform, worin eingehende Angaben über den Inhalt des Entwurfes sowie über die Stellung der Bundesstaaten zu der Frage

des obersten Militär-Gerichtshofes und die Haltung des preussischen Staatsministeriums, sowie des Militärkabinetts zc. gemacht wurden. Gleichzeitig veröffentlicht der „Hamburger Korrespondent“ einen wesentlich übereinstimmenden Artikel über dasselbe Thema. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weiß nicht, ob die Mittheilung der Wahrheit entspricht, findet es aber begreiflich, wenn einzelne Blätter von Quartreibern sprechen und die Ansicht äußern, daß es doch zweifelhaft sei, ob der Zweck, dem Zustandekommen der Reform zu nähern, auf diesem Wege erreicht werden würde.

Der „Kreuzzeitung“ zufolge telegraphirte der Kaiser an die Familie Treitschke, er nehme an dem schmerzlichen Verluste den wärmsten Antheil und werde es nie vergessen, wie der Berewigte als gottbegnadeter Geschichtsschreiber und begeisterter Patriot und begeisterter Führer der deutschen Jugend für Kaiser und Reich wirkte. Der Name Heinrich v. Treitschke sei durch die „Deutsche Geschichte“ mit der Wiederaufrichtung des Reiches auf das engste verbunden. Er sei dem Vaterlande allezeit theuer, sein Andenken werde in Segen bleiben.

Zum Verbot des Detailreisens schreibt man: „Aus allen Kreisen des Handelsstandes machen sich lebhafteste Beschwerden gegen den Entwurf der Gewerbeordnungs-Novelle, insbesondere gegen die Fassung des Artikels 8, durch welchen das Auffuchen von Bestellungen bei Privatlandwirtschaft untersagt werden soll, geltend. Falls die erwähnte Bestimmung Gesetz würde, würden viele Tausende von Existenzen gänzlich ruiniert und werden daher aus allen Branchen Anstrengungen gemacht, um einen für die betheiligten Kreise günstigen Umschwung in der bei dem Reichstage herrschenden Stimmung herbeizuführen. So werden sich auch unter anderem im Auftrage der großherzoglichen Handelskammer Mainz und im Verfolg der Bestrebungen der am 9. April d. J. in Mainz abgehaltenen großen Versammlung von Vertretern der an Weinbau und Weinhandel interessirten Körperschaften die Herren Geh. Rummelienrath Feldheim-Mainz und Eugen Hoffner-Mainz nach Berlin begeben, um durch persönliche Vorstellung bei befreundeten Reichstagsabgeordneten auf eine entsprechende Abänderung der in Betracht kommenden Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle hinzuwirken.“